

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Carl Klotz, Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post
bezogen halbjährlich 30,00 M., unter Ausschluss des Postgebührens monatlich
5,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinung nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die hochste Komposition 1,00 M. Familienanzeigen
1,50 M., die hochste Komposition 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme
Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Rücksicht
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 107

Dresden, Dienstag den 10. Mai 1921

32. Jahrg.

Die Sozialdemokratie vor die Front

Im Reichstag herrschte gestern nacht bis
in die frühen Morgenstunden die Abstim-
mung des Ultimatums. Die Abstimmung bei der
Reichsversammlung ergab die Ablehnung
des Ultimatums. Eine Probeabstimmung
bei den Demokraten ergab die Annahme mit 18
gegen 15 Stimmen. Nachdem sich also im Laufe
der Abendstunden ergeben hatte, daß mit der
Zustimmung der Annahme des Ultimatums zu
rechnen ist, hat Reichspräsident Ebert noch ein-
mal mit den Sozialdemokraten über die Ne-
herungsabstimmung geredet, und diese
haben nach kurzer Beratung den jetzigen Reichs-
präsidenten Ebert als Kandidat für den
Reichskanzlerposten präsentiert, der
auch bereit erklärte, für den Fall der Unter-
zeichnung des Ultimatums die Regierungsbildung
zu übernehmen.

Da das Zentrum in seiner geistigen
Entscheidung sich bereits für die Annahme
erklärt hat, kann man mit großer Wahr-
scheinlichkeit mit der Unterschrift des Ultima-
tums durch ein Kabinett der alten Weimarer
Politik rechnen. Heute vormittag werden
die Beratungen im Reichstag fortgesetzt. Auf
Reichstags 4 Uhr ist die Plenarversammlung
angekündigt, die die Entscheidung über die Annahme
der Ablehnung bringen wird. Man kann aber
bereits jetzt mit Überraschungen rechnen.

Annahmen?

Nach den aus Berlin vorliegenden Nachrichten scheint
den Parteien die Stimmung für die Annahme des
Ultimatums zu wachsen. Wir haben schon wiederholt dar-
auf hingewiesen, daß die Frage ist, die heute unter
den Parteien beantwortet werden muß. Aber wir meinen, daß es im
Interesse des deutschen Volkes liegt, daß das Ultimatum
angenommen wird. Die gegenwärtige Lage hat eine
sehr bedrohliche Seite mit der Unterzeichnung
des Friedensvertrages zu Versailles. Auch damals wurde
den Parteien auf die Entscheidung hingewiesen, die sich erst
im letzten Augenblick eine Weile für die Annahme des
Friedensvertrages fand. Die Verhandlungen in der Zeit seit
dem Friedensvertrag von Versailles haben denjenigen Recht
gegeben, die damals für die Unterzeichnung eingetreten
sind. Das deutsche Volk hat zwar in den letzten zwei Jahren
schon ertragen müssen und viel Unheil erlitten, aber was
aus Deutschland geworden, wenn die Annahme des
Friedensvertrages nicht erfolgt wäre? Große Teile von
Deutschland wären vermutlich durch feindliche Hände besetzt
worden. Die deutsche Bevölkerung wäre in eine neue
Katastrophe verwickelt worden. Eine neue Aus-
wanderung hätte Tausenden unter Volksgenossen
leben und Leben gekostet. Durch die Unterzeichnung des
Friedensvertrages ist es gelungen, nicht nur Deutschland
zu erhalten, durch eine Verleumdung der Regierung
haben wir unter Arbeiterschaft wieder arbeitsfähig machen
können, und so groß aus unter Volksgenossen die Not
war, eine Kräftigung unter Volksgenossen ist doch erreicht
worden.

Bei einer Nichtannahme des Ultimatums, dessen Be-
dingungen von unsern Gegnern, so merkwürdig uns das vor-
kommen mag, vielfach als sehr günstig angesehen werden,
würden wir mit den schlimmsten Wahrscheinlichkeiten rechnen.
Die Befreiung des Ruhrreviers würde wahrscheinlich nur der
Reichsversammlung sein, weitere Maßnahmen würden folgen.
Nicht nur die Ausfuhr nach allen Entente-Ländern völlig unter-
bunden würde, auch eine neue Auflage der Weimarer Ver-
fassung ist nicht ausgeschlossen.

Man hat in letzter Zeit sehr viel vom positiven Wider-
stand gesprochen. Aber wir glauben nicht, daß das deutsche
Volk in der Lage wäre, wirklich einen solchen Widerstand zu
leisten. Die Maßnahmen der Entente können unter Umständen
die Folge haben, daß Tausende von Kindern in Hunger
sterben würden. Das heißt ein Volk, das so viel durch-
gemacht hat, wie das deutsche, nicht mehr aus. Außerdem
würde ein Volk auf die leichtfertige Gehorsamsfertigkeit eines leiser
als ein Volk unter Volksgenossen, das seine Rechte
unter Volksgenossen nicht mehr in der geistigen Verfassung hat,
um für den Rand Opfer zu bringen. Wenn es möglich ist,
um für ein Berliner Restaurant zwei Klappen Opfer, für
ein Werk die Straße, aus dem Ausland besetzt, und wenn
die Logenmitglieder diesen Gelegenheitsbesuchern ausgehende
Kandidaten diesen Opfer bringen, so soll man uns nicht öfter
über Opferbereitschaft reden. Gerade diejenigen Kreise, die
bei jeder Gelegenheit ihren Patriotismus ausbreiten, ver-
sagen zu übersehen, wenn es wirklich gilt, Opfer zu bringen.

Lassen wir es darauf ankommen, daß die Entente Gewalt-
maßnahmen ergreift, um die Annahme des Ultimatums zu
erzwingen, so müssen wir fürchten, daß wir schon in drei
oder vier Wochen weit schwerere Bedingungen an-
nehmen müssen. Wichtig ist es trotzdem, daß wir heute
noch nicht wissen, ob wir die Bedingungen des Ultimatums
werden erfüllen können, und daß wir dann, wenn wir in Ver-
zug kommen, daß die Gewaltmaßnahmen drohen, die wir jetzt
durch die Unterzeichnung des Ultimatums vermeiden.

Wiederholt ist hier schon darauf hingewiesen worden,
worin die Schwierigkeiten der Wiederanbahnung liegen. Die
Forderungen, die wir an die Entente zu leisten haben, würden
für jährlich einschließlich der Ausfuhrabgaben auf drei bis
vier Milliarden Goldmark belaufen. Aufzubringen ist un-
möglich bei halbwegs vernünftiger Wirtschaft dieser Ver-
trag, wenn auch unter sehr schweren Umständen. Hat man
noch das Einkommen des deutschen Volkes vor dem Kriege
auf ungefähr 40 Milliarden Goldmark berechnet. Zwar ist
unter Volksgenossen jetzt sehr viel geringer als vor
dem Kriege. Doch besteht die Möglichkeit, durch eine ver-
nünftige Organisation unter Volksgenossen den Ertrag der Arbeit
des deutschen Volkes gewaltig zu steigern. Aber damit allein,
daß wir die Werte schaffen, die wir zur Begleichung unserer
Wiedergutmachungsverpflichtungen brauchen, ist freilich
worauf wir schon wiederholt hingewiesen haben, das Wieder-
gutmachungsproblem noch nicht gelöst. Es muß uns auch
möglich sein, diese Werte nach dem Ausland zu überbringen,
und dazu brauchen wir einen gewaltigen Ausfuhrüberschuß.
In ganz erheblichen Mengen muß das neutrale oder feindliche
Ausland unsere Waren aufnehmen, und der größte Reich nicht
dem deutschen Volk nicht, wenn es die erzielten Güter nicht
im Ausland absetzen kann.

Wenn wir trotzdem für die Kanakade der gegen-
wärtigen Bedingungen eintreten, so vor allem auch des-
halb, weil die Gegner durch die Prozente Ausfuhrabgabe
sehr stark an der Größe unter Ausfuhr interessiert sind. Sie
werden deshalb gezwungen sein, sich sehr ernsthaft mit der
Frage zu beschäftigen, wie Deutschland eine genügend große
Ausfuhr ermöglichen werden kann. Man wird sich endlich ein-
mal mit Vertretern Deutschlands an einen Tisch setzen müssen,
um über die Art der deutschen Leistungen zu reden. Und
dann wird man einsehen, daß eine Lösung des Reparations-
problems nur möglich ist, wenn man Deutschland ganz be-
stimmte wirtschaftliche Aufgaben stellt, und daß nicht alles
erreicht ist, wenn Deutschland immerfort nur Milliarden-
rechnungen präsentiert werden. Die Franzosen wissen darauf
hin, daß alle diejenigen, die sich in England höher für eine
Verständigung bemüht haben, und den dringenden Rat geben,
das Ultimatum anzunehmen. So kam es zu den Verhandlungen
mit den unabhängigen Liberalen, Lord Robert Cecil, Raymond
Bonwell, der mutige Vertreter einer radikalen Revision des Friedens-
vertrages, und die Daily News, die sich bestrebt gewesen ist,
in dem Reparationskreis der Wahrheit und der Vernunft zu
dienen, ebenso Glynns im Namen der Arbeiterpartei.

Schließlich müssen wir ja auch mit in Rechnung ziehen,
daß wahrscheinlich die Zeit für uns arbeiten wird. Es
fehlt ja auch in den Entente-Ländern nicht an Reichen, die die
Unmöglichkeit des Versailles-Friedens erkannt haben. Und ge-
rade wenn sich die Bedingungen des Ultimatums als un-
erfüllbar erweisen werden, können wir hoffen, daß die Entente
in den Entente-Ländern wachsen und die Stimmung für eine
neuerliche Revision des Friedensvertrages größer wird.

Freilich darf in Deutschland, wenn wir das Ultimatum
angenommen haben, nicht zu weiter gewirtschaftet werden wie
bisher. Einmal müssen wir wirklich alles tun, was wir
können, um die Bedingungen zu erfüllen. Wir müssen alles
vermeiden, was im Ausland den Eindruck erwecken könnte,
daß uns der notwendige gute Wille fehlt. Solche Dinge wie
die hundertfachen Entschuldigungsverweigerungen dürfen wir uns nicht
mehr leisten. Außerdem müssen wir vor allen Dingen eine
planmäßige Wirtschaftspolitik treiben. Wenn nicht der deutsche
Arbeiter auf Jahrzehnte hinaus gezwungen sein soll, sich mit
einem sehr viel geringeren Lohn zu begnügen, als seine
Arbeitskollegen im Ausland, müssen wir dafür sorgen, daß wir
technisch so vollkommen arbeiten, als nur irgend möglich ist.
Umgehender schwerer wird unter allen Umständen die Lage des
deutschen Volkes noch Jahre- und jahrauswärtig bleiben.
Aber wenn endlich einmal eine wirklich planmäßige Wirt-
schaftspolitik getrieben wird und wenn das deutsche Volk seine
Stärke auf äußerste anspannt, so können wir hoffen, daß wir
unserm Volke das Schwerkste ersparen.

Ultimatum und Sozialdemokratie

Einem Aufsatz aus Berlin entnehmen wir folgendes:
Wird das Ultimatum abgelehnt, so wird nicht nur das Ruhr-
revier besetzt, was politisch die Reichsregierung, wirt-
schaftlich eine rasche Verschlechterung und Verzerrung der Arbeits-
losigkeit aus Folge hat, sondern dann sind auch England,
Italien und Belgien veranlaßt, sich der fran-
zösischen Gewaltpolitik so lange zu unterwerfen, bis sich Deutschland
an den Bedingungen des Ultimatums bekennt hat. Auch die ver-
stärkte Abhängigkeit Deutschlands vom Reich wird dann kaum zu
verhindern sein. Von den Zahlungsmitteln, die das Ultima-
tum abfordert, kommt Deutschland aber damit nicht los, es erspart
sich nur, sondern es verliert nur sein Kapital.

Wäre Deutschland durch die Zahlungsmittel auf dem
Weltmarkt die Deckung, daß es in keiner Richtung kann, hat eine
weitere Verschlechterung der Wirtschaft, die die Bedingungen des
Ultimatums von Versailles einseitig im Ruhrrevier zu ver-
wirklichen. Teil — die Entente-Länder vorausgesetzt —
Deutschland sich finanziell „seiner drei Monate“ bedauern konnte,
die Aufhebung also kann doch erdulden würde, kann nur be-
haupten, was die Entente nicht kann. Deutschland hat in letzter
Zeit durch die Zahlungsmittel eine Milliarde Goldmark „abge-
geben“. Das Ultimatum fordert die Begleichung dieser
Milliarde bis zum 1. September, womit — von der neu zu ver-
schaffenden Ausfuhrabgabe abgesehen — die Forderungen Deutschlands
bis zum 15. Januar nächsten Jahres gedeckt sind. Bei 10 Prozent
Zins mit dem die Milliarde halbes Jahr zu liegen kommt, und unter
Zinseszins mit der Forderung einer neuen Zahlungsmittel-
abgabe, als die Unterzeichnung des alten Abkommens gewesen ist,
läßt sich also bezweifeln, ob die Entente-Länder die Forderung
der Entente, daß die lebenden Kräfte der Wirtschaft vollständig
genug sind, sie zu unterstützen. Somit muß auch dieser letzte
Reparationsversuch scheitern.

Der Erfolg einer Politik, die allein nach Hilfe bringen kann,
hängt unter diesen Umständen in so hohem Maße von dem guten
Willen der Entente ab, daß die Veranlassung naturgemäß
in erster Linie auf die Entente-Länder fällt. Somit ist nicht
schwer, daß die Sozialdemokratie lieber diese Politik
fortsetzen läßt, als daß sie sich an ihr abhebt, daß sie
lieber eine Ablehnungsbewegung zuliebe kommen und das Ruhr-
revier besetzen läßt, als sie mit in die Regierung eintritt.

Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, sich zur
Verantwortung zu drängen, und wenn sie die Entente
läßt überleben, würde man ein solches Bild erheben, dem gegen-
über den Taten einer großen Mehrheit der Entente-Länder im
unter den deutschen Umständen das Notwendige nicht vorzuziehen.
Daran bedarf es sich nicht zur Verantwortung, aber sie darf sich
auch nicht vor ihr heulen. Gemäß dem Reichstag, wenn
sie wieder mit den bürgerlichen Parteien, einschließlich der
sozialistischen Volkspartei, in die Regierung eintritt, ist es aber
kein anderes Mittel, den viel größeren Schaden zu verhindern, den
das Volk aus einer festgesetzten Ablehnungspolitik erleiden würde,
denn daß die Sozialdemokratie auch von einer Verantwortung nicht
zurückfährt. Sie muß sich dann darauf verlassen, daß ihre
Wahlkreise politisch genug geteilt sind, die Unterwerfung der
Entente-Länder zu verhindern und diese selbst zu billigen.

Der Sieg der Vernunft

In der russischen Zeitung schreibt der bekannte Grob-
industrielle Robert Friedländer:
Endlich!
Nach zweijähriger Verschwendung von Trübsal, Wut,
Zeit, Kraft, Geld, Vermögen — nach einem Scherz-
stück von Tolstoi, dem Kaiser, der Verleumdung, der
Verleumdung, der Unwahrscheinlichkeit, der entgegengesetzten
Tatsache, der unvollständigen, der Unvollständigkeit, endlich ein
Dokument, der Vernunft, das Reparations-Ultimatum.
Dieses Dokument ist nicht von Generalen gemacht, ist
nicht von Politikern gemacht, sondern von klugen, nicht-
parteilichen, verteilungswahrenden, aber die Voraussetzungen dieses
Dokuments (sogar) bedeutenden Kaufleuten gemacht.
Das Reparations-Ultimatum ist hart, sehr hart.
Gibt bis an die Grenze der ausführbaren und erzielbaren
Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Gibt schließlich über
die Grenze seiner gegenwärtigen Leistungsfähigkeit. Aber
es ist nicht unüberwindlich.

Das Reparations-Ultimatum ist annehmbar, weil es
erfüllbar ist.
Erfüllbar natürlich nur unter gewissen Voraussetzun-
gen, die sich von selbst verstehen und darum niemals in einen
Vertrag einzufügen zu werden brauchen.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß die Ar-
beitskraft, die Wirtschaftlichkeit, der Unternehmertum der Deut-
schen wieder auf mindestens jene Höhe kommt, die sie vor
dem Kriege erreichten.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß nicht
weitere wirtschaftliche Hilfe von Deutschland abgefordert
werden oder eine dauernde Grenzschutzhöhe festgesetzt.
Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß nicht der
Ruhe-Gewinn wie ein Tammschwert über uns hängt
und jede Annahme oder wirtschaftliche Verletzung der un-
gezügelteren Welt der Staatsverpflichtungen herbeiführt, wie sie
in weiter unüberwindlichen Zeiten gegen Kossäute oder
Raffern üblich waren.

Es ist erfüllbar unter der Voraussetzung, daß Deutsch-
land im Wirtschaftsverkehr nicht abgelehnt wird, son-
dern Unterstützung findet, da allein die Exportwaren, das
ist der Überdies des Exports über den Import, als
Leistungsmittel dienen kann.

Diese und andere Voraussetzungen sind nicht un-
möglich in dem Reparations-Ultimatum enthalten. Die
ist kein hartes Scherz, kein Hochfahrigkeit, bei dem der
Gerichtsdirektor binnen drei Tagen nach Verfallung der
Frist steht, sondern einfach, bescheiden, anstandslos.

Der Welt dieses Reparations-Ultimatums ist Deutsch-
land seit 22 Jahren schuldig, was es zahlen kann,
nicht mehr, aber auch nicht weniger. Denn das ist die
Pflicht, denn wir haben einen unpopulären Krieg be-
zogen.

Die Interalliierte Kom- mission... die Interalliierte Kom- mission...

Vollschafferrat und Oberschlesien

Der Vollschafferrat... Der Vollschafferrat...

Die Stellung der polnischen Regierung

Wien, 9. Mai. Seitens... Die Stellung der polnischen Regierung...

Korfanth's Nachfolger

Wien, 9. Mai. Nach... Korfanth's Nachfolger...

Die Lage

Wien, 9. Mai. Die... Die Lage...

Kriegsrat in Moskau

Wien, 9. Mai. Mitte... Kriegsrat in Moskau...

Die Pariser Kundgebung gegen den Krieg

Paris, 10. Mai. An... Die Pariser Kundgebung...

Dresdner Kalender

Dresdner Kalender... Dresden, 11. Mai...

Vom Albert-Theater... Dresden, 11. Mai...

Der Männervereinsverein... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Die Dresdner Musikgesellschaft... Dresden, 11. Mai...

Schluss kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei... bei denen es zahlreiche Verwundete gab

Für deutsche Mitarbeit

Paris, 9. Mai. Das... Für deutsche Mitarbeit...

Amerika im Ententeerat

Washington, 10. Mai. Der... Amerika im Ententeerat...

Die Resolution Knox zurückgestellt

Neuer, meldet aus... Die Resolution Knox...

Nach einem Kabeltelegramm... Die Resolution Knox...

Sowjetjustiz

Wien, 9. Mai. Nach... Sowjetjustiz...

Entspricht die... Sowjetjustiz...

Zum Bau- und Wohnungswesen

Auf Veranlassung... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Entente verlangt... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Über Deutschland und... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Beiträge im... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Alte und neue... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

Die Dresdner... Zum Bau- und Wohnungswesen...

etwas milderer Haltung wegen... die Arbeiter...

Die Zufolge der... die Arbeiter...

Während über... die Arbeiter...

Im Schlichtung... die Arbeiter...

Lübblich unterworfen

Am 3., 4. und 5. Mai... Lübblich unterworfen...

Bei der... Lübblich unterworfen...

Der Ausschuss... Lübblich unterworfen...

Die Aufhebung... Lübblich unterworfen...

Neueste Telegramme

Reichskanzler Wirth?

Eigene... Reichskanzler Wirth?

Die... Reichskanzler Wirth?

Devisenkurse

Table with 4 columns: Location, Unit, and two exchange rates. Includes entries for Holland, Schweden, Belgien, etc.

Wasserkände der Moldau, Jser, Eger und Elbe

Table with 4 columns: Name, and two water level measurements. Includes entries for Moldau, Jser, Eger, Elbe.

Russische Angelegenheiten

Die russischen Kriegsgefangenen

Die russischen Kriegsgefangenen haben — so wird von den russischen Zeitungen berichtet — an Körperstand und Aussehen eine außerordentlich günstige Entwicklung erfahren. In der Zeit, die sie im Lager verbrachten, lag es im Interesse der russischen Regierung, die russischen Kriegsgefangenen in weitestgehendem Umfang auf die Arbeit zu bringen. Die hierüber bereits im Februar an die Verbündeten ergangenen Anweisungen haben ihren Zweck vollkommen erreicht, so einzeln den Gefangenen mit ein- oder zweitägigen Arbeitsaufträgen betraut werden, während die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen sich in der Arbeit zu betätigen bemüht. Somit hat die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen in der Arbeit betätigen lassen, so daß die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen in der Arbeit betätigen lassen, so daß die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen in der Arbeit betätigen lassen.

ausgeschlossen wird. Der Kern der Richtlinien liegt darin, daß jede Behörde aus Sparmaßregeln nur eine einzige Zeitung als Bekanntmachungsblatt benutzen soll. Die redigierten Städte, die kleinen Städte und Landgemeinden haben sich darauf zu richten. Nur den Kreishauptmannschaften und den größten Amtsgerichtsbezirken ist nachgelassen, wenn es nicht anders geht, mehr als ein Amtsblatt zu bestellen. Die Ministerien, die Landesämter und die Kreishauptmannschaften haben die Sachliche Staatsleistung zu betreiben. Die übrigen Behörden haben in erster Linie das Ziel zu nehmen, das die größte Auflage und die höchste Verbreitung hat. Außerdem sollen nur solche Blätter bestellt werden, die im Besitz selbst oder in einer benachbarten Stadt gedruckt werden. Der parteipolitische Standpunkt eines Blattes ist außer Betracht zu lassen. Ausgeschlossen sind nur Blätter, die zum gewaltsamen Umsturz der Verfassung aufzufordern oder Umsturzversuche durch Zustimmung unterstützen. Doch sollen Blätter, die sich solcher Vertriebe schuldig gemacht haben, nicht ausgeschlossen werden, sondern nur eine Verwarnung erhalten, daß ihnen im Wiederholungsfall der Amtsblatt-Kategorie entzogen werden wird.

Den unteren Behörden ist nun erlaubt worden, sich in diesen von der Staatskanzlei aufgestellten Richtlinien anzupassen; doch sind sie gleich darauf hingewiesen worden, daß die Richtlinien feststehen, und daß Verordnungen, die den Richtlinien widersprechen, wofür sie sind, auf Grund dieser Richtlinien hat nun, um die Sache kurz zu machen, die Staatskanzlei gleich selbst gerügt, welches die geeigneten Amtsblätter für den einzelnen Bezirk sind, und sie dekretiert mehrere, welche Blätter die Behörden zu wählen haben. So hat nun auch der Vöbauer Bezirk durch die Kreishauptmannschaft Dresden, die dagegen bereitwilligweise nichts einzuwenden hat, erlassen, welche Amtsblätter für ihn die einzig richtigen sind. Eine wunderbare Art von Freiheit, Willkür und Selbstverwaltung! Der Stadtrat zu Koblenz erhält folgende Liste: Der Sachliche Postillon wird als einziges Bekanntmachungsblatt. Der Kreishauptmannschaft wird vorgeschrieben, den Sachlichen Postillon, die Ostländer Zeitung und die Oberländer Zeitung in Vöbauer zu den Amtsblättern zu bestellen. Bei den Amtsgerichten Koblenz, Bernhards, Bernhards, Eberbach und Neufalka bleibt es bei dem bisherigen Zustand, d. h. es bleibt beim Postillon, der Ostländer Zeitung und dem Oberländer Wochenblatt.

Da hat sich nun die Sozialdemokratie redlich bemüht, reaktionäre Zeitungen aus ihrer bevorzugten Amtsblattstellung zu verdrängen; und so sieht das Ergebnis im Vöbauer Bezirk aus! In ganz Ostpreußen wird es nicht ein einziges sozialistisches Bekanntmachungsblatt geben. Und im übrigen Sachsen dürfte ihre Zahl vermindert sein werden. Die Richtlinien sind in vortrefflicher von der Staatskanzlei aufgestellt worden, daß z. B. in Vöbauer wofür es die einzigen richtigen Nachrichten zum Bekanntmachungsblatt bestellt werden müssen.

Wir beschränken uns auf die Wiedergabe dieser beachtlichen Auslassungen und enthalten uns selbst noch einer kritischen Stellungnahme. Doch halten wir es für erforderlich, daß sich die Regierung sobald zu ihren Richtlinien und den offenbar nicht beabsichtigten Wirkungen ihrer Anwendung äußert.

Stadtverordnetenwahlsieg in Riesa

Bei den Stadtverordnetenwahlen, die auf Betreiben der bürgerlichen Elemente erneut vorgenommen werden mußten, weil sie für ungültig erklärt worden waren, hat sich die Forderung der Reichsparteien auf Beseitigung der sozialistischen Mehrheit nicht erfüllt. Diese ist vielmehr gefestigter wie vorher. Es entfielen bei dieser Wahl an Stimmen: Sozialdemokraten 2634 (bei der letzten Wahl 2070), Unabhängige 1322 (1278), Vereinigte Bürgerliche 3280 (3005). Die sozialistischen Stimmen haben gegen das Ergebnis von 30. Januar um 623 (Arbeitslosen 458, II S. 244), die bürgerlichen Stimmen um 245 zugenommen. Das ist der Erfolg der Bürgerlichen bei ihrem Verluste, das Wahlergebnis zu ferrigieren.

Das Mandat beim Parteiwahl

Das sächsische Ministerium des Innern hatte im Jahre 1919 folgende ortsgesetzliche Regelung für zulässig erklärt: „Sind die Wahlvorschlüsse für Gemeinderatswahlen

nach politischen Parteien aufgestellt, so entfällt das Recht eines Bewerber, an Stelle eines Gewählten als Ersatzmann einzutreten, wenn er nach der Wahl seine Parteistellung nachweislich gewechselt hat.“ Das Ministerium hat aber jetzt seine Meinung in diesem Punkte geändert. In einem Rundschreiben an die Kreis- und Amtshauptmannschaften lautet es: „Ich es für jemand, der als Angehöriger einer politischen Partei auf den Wahlzettel gesetzt worden war, Amtspflicht ist, aus einem Parteiwahl auch die natürlichen Folgerungen zu ziehen, wird kaum bestritten werden können. Die Erfüllung dieser Pflicht durchzusetzen, wird aber Aufgabe der Parteiführer sein müssen, und es erscheint bedenklich, in dieser Richtung Anweisungen oder ortsgesetzliche Vorschriften zu erlassen. Diefen können verfassungswidrliche Bedenken entgegenstehen, da ein Abgeordneter nach freier Überzeugung stimmen soll und an Parteizugehörigkeit und Bindungen nicht gebunden ist. Außerdem wird es oft schwierig sein, nachzuweisen, ob oder wann der Parteiwahl gewechselt ist. Bei Parteipostungen kann es sogar vorkommen, daß jede der verschiedenen aus dem Parteiwahl nicht stammenden behauptet, die alte Partei fortzusetzen. Eine nach politischen Parteigrundlagen zusammengesetzte Körperschaft würde kaum die geeignete Stelle sein, solche Streitfragen unparteiisch zu entscheiden. Geenigentlich aber stehen sie sich zur Entscheidung durch einen Gerichtshof. Trotz seiner großen politischen Bedeutung ist der Begriff der Partei nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach zu bestimmen, um daran rechtlich festhalten zu können. So bezeichnen bekanntlich auch die Verfassungsgesetze nicht den Begriff der Partei. Am wenigsten erscheint es aber angebracht, einen derartigen Spruch durch Ortsgesetz gerade für die Gemeinderatswahlen einzuführen, in denen in erster Linie wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Erwägungen den Ausschlag geben sollen.“

Die Herrnkretschener Spielhölle

Trug das Verbot von Spielbanken in der Sächsischen Provinz keine Wirkung, so hat sich in der Provinz ein Spielhölle, die den Namen Spielhölle führt. Wir haben bereits geschrieben, daß die ganze Aufmachung selbst an die bekannten Spielhöllen erinnert. Der Spielhölle gleicht man das erwähnte Verbot dadurch in Herrnkretschener keine Wirkung zu tun, daß er sich nicht für einen harmlosen Spielhölle ansieht, der sich nur deswegen aufrechterhalten in Herrnkretschener niedrigeren habe, um seinen Spielhölle Gelegenheit zu schaffen in eine neue Höhe steigend diesen zu tun. Erst wenn es so ist, sollte die sächsische Regierung das Verbot eine Länge ausdehnen. Doch sie hat sich keinen Gedanken in die Länge gezogen. Sie hat sich erst einen Tag und gar sich mit den Anwohnern, als hätte sie nicht das geringste gegen diese Spielhölle einzuwenden. Hatte sich der Vorherrscher des Spielhölle schon in einer Kommission an die sächsische Regierung gewandt, als Angehöriger der Sächsischen Provinz nicht in den Klub aufgenommen werden dürfen. Es wurden also in der Kommission nur Deutsche und einige Ausländer gewählt. Doch dadurch hat sich die Regierung nicht beschließen. Im Sommer 1920 wurde aber, als im März gerade „Herrnkretschener“ aus, erschienen plötzlich einige Anwohner der sächsischen Regierung und haben den ganzen Spielhölle aus. Dieser war durch eine Anordnung nach einige Minuten vorher bekannt gemacht, daß irgend eine unangenehme Ueberreizung bevorsteht. So war dem Herrnkretschener noch Gelegenheit gegeben, kurz vor Eintreffen der Deutschen zu entweichen. Der Herrnkretschener und alle Anwohner wurden an Ort und Stelle verhaftet und wurden ins Gefängnis wandern. Die Spielhölle dagegen, meist Reichsdeutsche, wurden nach Beendigung ihrer Verhaftung wieder entlassen.

Zur Bekämpfung der Bismarck

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß erkrankte oder gefangene Bismarcken nicht mehr an das Forst-Joologische Institut zu Thronitz, sondern an die Direktion des Zoologischen Gartens zu Dresden zu den gleichen Bedingungen wie bisher einzuführen oder zur Abholung anzumelden sind.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein bedauerliches Unglück hat sich in der Sächsischen Provinz ereignet. Der Arbeiter Emil Böhm kam mit den Armen in die Wälder einer Wäldchen, wodurch ihm der rechte Arm ganz, der linke Arm fast völlig ausgerissen wurde. Er ist seinen schweren Verletzungen erlegen. — Der dem Gutsbesitzer Hedder in Müllers St. Jakob in Arbeit stehende Bismarckgebilde Paul Schwalbe wurde vom Gutsbesitzer ab. Er hat nach kurzer Zeit — in Wittgenstorf wurde der 70-jährige Landbesitzer Hermann Bachmann in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß Bachmann bereits vor mehreren Tagen ermordet worden war. Da Bachmann oft tagelang auf Hundsfährten war, hatte man ihn nicht bemerkt. Man nimmt an, daß es sich um einen Raubmord handelt.

ist einmal erlaubt worden, daß die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen sich in der Arbeit betätigen lassen, so daß die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen in der Arbeit betätigen lassen, so daß die russische Regierung die russischen Kriegsgefangenen in der Arbeit betätigen lassen.

Richtlinien für amtliche Bekanntmachungen

In der Volkszeitung für die Oberlausitz lesen wir: Die Staats- und Gemeindebehörden haben sich zu entscheiden, welche Zeitungen sie zu Amtsblättern bestellen wollen. Sie sind aber von vornherein bekannte Richtlinien gebunden, die eine freie Auswahl von Blättern unmöglich machen. Diese Richtlinien sind so gestrichelt, daß für den größten Teil Sachsens die sozialdemokratische Presse von der Bestellung von Amtsblättern einfach

König Kohle

König aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung von Upton Sinclair

Hal gefiel dieser spontane Revolutionär, er wanderte eine Tage mit ihm umher und fragte ihn während dieser Tage über das Leben der Bergleute aus. Die meisten Geschichten ließen durch Agenturen Arbeiter anwerben; dies war zur schlimmen Folge, daß diese Agenturen lange Zeit etwas vom Lohn abbeteten und mit den Aussehern etwas zu tun hatten. Als Hal erfuhr, fragte, ob dies dem Gesetz zuwider laufe, antwortete sein Gefährte: „Sie den Unfug. Wenn Sie erst eine Zeitlang in den Kohlenbergwerken gearbeitet haben, werden Sie sehen, daß dort das Wort des Aussehers Gesetz ist.“ Dann wanderte der Landstreicher seine Ansicht, daß das Gesetz nicht gelten sollte, wenn ein Mann Arbeit gibt, um die sich zu helfen. Hal nahm dies als tiefste Beobachtung an und hätte es gerne dem Professor der Nationalökonomie mitgeteilt.

In der zweiten Nacht ihrer Bekanntschaft ward ihr „König“ von einem Zahnarzt mit sechs Schillingen aufgesucht — denn eben zu jener Zeit demüht man sich sehr, wenn man aus der Nachbarschaft zu vertrieben oder aus der Arbeit in den Bergwerken zu nöthigen. Hals Freund, der König, mit einem Knase schlief, entfiel in der Nacht; er folgte ihm und entkam durch einen beim Aufbruch oft gefallenen Kniff. Sie hatten ihre Nahrungsmittel und Decken mitgenommen, doch störte dieser Umstand „König“ nicht sonderlich; er entschloß sich dadurch, daß er die Nahrungsmittel ein Stück mitnahm, um die Nacht zu verbringen; auch schlief er am nächsten Tage von einer Unterleider herab. Hal ak von dem König, der die Wälder und begann damit seine Verbrechen aufzuheben. Nachdem er von „König“ geschieden, kehrte er nach Dresden zurück. Der Landstreicher hatte ihm gesagt, daß er die Wälder sah immer Freunde in den Kohlenruben und ihm zu einem Verdienst verhelfen können. So begann denn Hal herumzufragen, und bereits der zweite Tag, er könne ihm einen Brief für einen Freund im Kohlenruben geben, und falls er Arbeit fände, würde ihm dieser monatlich einen Dollar vom Lohn abgeben. Hal dankte ihm, warferte einen andern Conon hinauf, durch

ein Schinkenbrot geküßt, das er in einer Form an Tolingana erbeutet hatte. Er wies an einem andern Bittstort der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft seinen Brief vor, der an einen Mann namens T. Colobon adressiert war. Dieser betrie, wie es sich herausstellte, ebenfalls eine Schwelge.

Der Wälder öffnete nicht einmal den Brief und ließ Hal durch, der sich sofort auf die Suche nach seinem Mann begab. Dieser erklärte, er werde ihm helfen, doch wolle er monatlich außer dem Dollar für seinen Freund in Pedro noch einen weiteren für sich selbst. Damit war Hal nicht einverstanden, sie handelten hin und her; schließlich, als Hal sich zum Gehen anschickte und drohte, er werde beim Oberaufseher eine Anzeige erstatten, begnügte sich der Wälder mit anderthalb Dollar.

„Verheben Sie sich auf Grubenarbeit?“ fragte er. „Ja bin dabei aufgewachsen“, erwiderte Hal, dessen Weisheit und Erfahrung zugenommen hatten.

„Wo haben Sie gearbeitet?“

Hal führte ein paar Beispiele an, von denen er durch den Wälder einige erfahren hatte. Er nannte sich Joe Smith und nahm an, daß dieser Name nicht wahrscheinlich auf der Arbeiterliste der meisten Bergwerke stehen dürfte. Ein moderner Vort machte sein Gesicht unheimlich, auch hatte er seine Sprache durch einige seltene Klänge bereichert.

Der Schankwirt brachte ihn zum Schankstüber der Grube Nr. 2, Herrn Alec Stone, der ihn sofort fragte: „Verheben Sie mit Wäldern umzugehen?“

„Ja habe in einem Stall gearbeitet“, entgegnete Hal, „und verließ mich auf Pferde.“

„Wäldere sind etwas anderes“, sagte der Mann. „Omer meiner Stallente ist neulich an Kollie erkrankt; ich glaube nicht, daß er je wieder zu etwas taugen wird.“

„Können Sie mich versuchen?“ rief Hal. „Ich werde mich schon einarbeiten.“

Der Wälder betrachtete ihn. „Sie sehen ganz brauchbar aus. Ich zahle fünfzig Pfund im Monat; bin ich mit Ihnen zufrieden, so erhöhe ich den Lohn auf fünfzig.“

„Gut, wann soll ich die Arbeit antreten?“

„Am liebsten sofort. Wo ist Ihr Gepäck?“

„Das ist alles, was ich besitze“, und Hal wies auf das Bündel gefüllener Wälder, das er in der Hand trug.

„Werden Sie es in die Grube hier“, sagte der Mann; dann blieb er plötzlich stehen, sah mit gerunzelter Stirn auf Hal: „Geben Sie einer Gewerkschaft an?“

„O Gott, nein!“

„Haben Sie nie einer angehört?“

Des Mannes Blick schien anzudeuten, daß Hal lüge, er aber trotzdem in das Geheimnis seiner Seele eindringen konnte. „Sie müssen das befehlen, bevor Sie hier Arbeit bekommen.“

„Gut“, sagte Hal, „ich kann's tun.“

„Ich spreche mit Ihnen noch morgen darüber, denn ich habe das erforderliche Schriftstück nicht hier. Übrigens, welcher Konfession gehören Sie an?“

„Ich bin, liebender Tag, Advenist.“

„Verräther Gott, was ist das?“

„Richtig Böses“, erwiderte Hal. „Eigentlich dürfte ich Sonnabends nicht arbeiten, aber ich tue es dennoch.“

„Gut, aber treiben Sie keine Prophezenmacher hier. Wir haben unsere eigenen Prediger, er soll Sie monatlich fünfzig Cents Lohnabzug. Kommen Sie, ich werde Sie jetzt einschreiben.“

Und so begann Hals neues Leben.

Das Maultier ist bekanntlich ein sündiges, gottloses Geschöpf, eine Sockgalle der Natur, ein Jerum, dessen sie sich schämen und dem sie nicht gefallt, sich zu vermehren. Die dreihäufige Maultiere, die unter Hals Obhut standen, waren in einer Umgebung aufgewachsen, die ihre schlechten Eigenschaften nur fördern und verstärken konnte. Hal entdeckte gar bald, die „Kollie“ seines Vorgängers sei durch einen Maultierhuf, der seinen Bauch getroffen, verurteilt worden, und er sah ein, daß er sich seinen Augenblick der Freiheit gönnen dürfe, wenn er der gleichen gefährlichen Krankheit entgegen wollte.

Die Maultiere verbrachten ihr Leben im Dunkel des Erdennenn; bloß wenn sie erkrankten, wurden sie an Sonnenlicht, auf die grünen Wälder gebracht. Eines der Tiere wurde „Togo-Charlie“ (Togo: amerikanische Jagdgesellschaft für Italiener) genannt; man hatte es nicht Kautabak zu fressen und diesen aus den Taschen der Bergleute und ihrer Gehilfen herbeizubringen. In das Tier der Togo nicht anspuckte, erkrankte es des Hieren daran, und verlor sich, keinen Kautabak mehr zu fressen; doch kammer die Bergleute keine Schwäche und fügten „Togo-Charlie“ so lange in Verdunkung, bis er unterlag. Hal hatte diese keine moralische Tragödie bald entdeckt und trug sie als Leid im Herzen, während er seiner Tagesarbeit nachging.

(Fortsetzung folgt.)

Generalversammlung des 6. Unterbezirks

Die Generalversammlung war von den Delegierten sehr besucht. Der gestrige Saal des öffentlichen war bis auf den letzten Platz besetzt, auch eine große Anzahl von Gästen waren anwesend. Genosse Max Dietrich gab den Bericht über den Verlauf der Arbeit im letzten Vierteljahr. Er berichtete über die Arbeit der Delegierten im letzten Vierteljahr. Er berichtete über die Arbeit der Delegierten im letzten Vierteljahr. Er berichtete über die Arbeit der Delegierten im letzten Vierteljahr.

Genosse Friedrich, Griefen: Die Parteiarbeit...

Genosse Friedrich, Griefen: Die Parteiarbeit... Er sprach über die Parteiarbeit und die Aufgaben der Mitglieder. Er sprach über die Parteiarbeit und die Aufgaben der Mitglieder. Er sprach über die Parteiarbeit und die Aufgaben der Mitglieder.

Aus dem Parteileben

Gemeinschaftliche Parteiversammlung des vierten, fünften und sechsten Unterbezirks
 Am Sonntag, den 8. Mai, in den Blumenfeldern, Blumenstraße, Insektenbau: Die politische Lage in Sachsen und die Aufgabe der Arbeiterpartei. In Anwesenheit von ca. 1000 Genossen.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

Allgemeinverbindlicher Unfallversicherung

Der Reichsausschuss der Unfallversicherung...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

Zum Vergleicherfreiwil in England

Am Sonntag, den 8. Mai, in England...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

Sport • Spiel • Körperpflege

Spielegebnisse vom 8. Mai
 Fußball, Tischtennis, Schach, etc.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaft und Betriebsrat
 I. Die beiderseitigen Aufgaben und Tätigkeitsgebiete
 Gewerkschaften und Betriebsräte sind in der Verfolgung ihrer Aufgaben und Ziele, also in ihrem ganzen Wirken aufeinander angewiesen, wenn jeder dieser beiden Organisationsformen auf seinem besonderen Tätigkeitsgebiete erfolgreich arbeiten soll. Und je mehr sich beide wechselseitig befruchten und fördern, um so besser werden sie auch ihre gemeinsamen Aufgaben zu erfüllen und ihre gemeinsamen Ziele zu erreichen.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

...und sozialen Interessen der Arbeiterklasse um so mehr...
 ...auf den sie bei in ihrem Wirken stehen können.

